Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 5—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31ter rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 374. [31. Jahrgang.] **Berlin, Freitag den 12. August 1892. Abends.** **[31. Jahrgang.] Nr. 374.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Expeditionen** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32.** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3248.**

Wochen-Abonnement.

Für die **Reise-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche mit **zweimaliger täglicher** Kreuzband-Sendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie **Mk. 1,20,** für die übrigen Staaten **Mk. 1,50.** Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher davon Kenntniß erhält.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 12. August.

Die Presse ergeht sich in Vermuthungen darüber, welches die Differenzpunkte seien, welche zwischen dem Finanzminister und dem vormaligen Minister des Innern über die Fortführung der Steuerreform bestehen und den Rücktritt des Letzteren mit veranlaßt haben. Die „Vossische Zeitung" vom 2. d. M. fand die Erklärung für die Herrfurth'sche Stellungnahme in der Abneigung desselben gegen eine Ueberweisung der sämmtlichen Realsteuern, welche nothwendig ganz ungleich wirken, den reichen Gemeinden eine reiche, den armen eine geringe Unterstützung bringen müßte, die Noth auf dem Kommunalsteuergebiet deshalb nicht lindern könnte. Das Blatt zog zum Beweis eine ältere Aeußerung Herrfurth's heran, in welcher die Unhaltbarkeit des Ueberweisungssystems ausgeführt ist. Mit Recht machte bereits die „Frankfurter Zeitung" vom 6. d. M. darauf aufmerksam, daß die angezogenen älteren Ausführungen Herrfurth's gegen den Miquel'schen Reformplan nicht verwerthbar sind, weil sie eine rein mechanische Ueberweisung von Hülfsmitteln zur Erleichterung der Kommunallasten, also eine einzelne Nothstandsmaßregel, zum Gegenstand haben, während in dem Miquel'schen Plan die Aufgehebungsfrage der staatlichen Realsteuern zum Ausgangspunkt einer fundamentalen Neugestaltung des ganzen Kommunalsteuerwesens gemacht wird. Die Realsteuern sollen aus dem staatlichen Steuersystem ganz ausscheiden, damit die Kommunen die ihnen am nächsten liegenden Steuerobjekte, den Grundbesitz und Gewerbebetrieb, einer ihren individuellen Verhältnissen entsprechenden Kommunalbesteuerung unterwerfen können. Es ist zwar unzweifelhaft richtig, daß der Verzicht des Staates auf die Realsteuern eine sehr verschiedenartige Wirkung haben wird, daß die großen Bauerngemeinden und die kleinen Ackerstädte mit ertragreichem Boden und die großen Gutsbezirke mit hoher Grundsteuer, ebenso industriereiche Städte mit hoher Gewerbesteuer viel, arme Gemeinde in Sandgegenden, kleine Landstädte dagegen nur wenig erhalten. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in der Regel die erstere Kategorie ganz andere Gemeinde-Ausgaben haben wird, als die letztere, daß die reichliche Unterstützung der ersteren relativ nicht mehr, vielleicht noch weniger wirkt, als die mäßige der letzteren. Freilich ist das Verhältniß von Einnahmen und Ausgaben nicht überall dasselbe. Es wird reiche Gemeinden geben, die der ihnen zufließenden größeren Beträge gar nicht bedürfen, während besonders armen mit den ihnen zufließenden mäßigen nicht geholfen ist. Indessen man muß sich doch darüber klar sein, daß es nicht Aufgabe einer Steuerreform sein kann, diesen unzweifelhaft vorhandenen Gegensatz auszugleichen, die armen Gemeinden zu reichen zu machen und den reichen ihren Ueberfluß zu nehmen. Dahin würde es aber führen, wenn man die 100 Millionen Realsteuern unter die Gemeinden je nach der Bedürftigkeit vertheilen wollte. Es würde das zur Unterscheidung zweier Klassen von Gemeinden führen, solcher, die ihre Bedürfnisse selbst bestreiten, und solcher, die von den anderen mit unterhalten werden. Soll eine bestimmte Steuer außer Hebung gesetzt werden, so muß der Erlaß natürlich genau der bisherigen Leistung entsprechen. Wer viel geleistet hat, dem wird auch viel erlassen, wer wenig oder nichts geleistet hat, erfährt auch nur geringe oder keine Erleichterung. Niemand wird anderseits in Abrede stellen, daß es im eminentesten Sinne eine Aufgabe des Staates ist, seinen schwächeren, minder leistungsfähigen Gliedern zu Hülfe zu kommen und ihnen die Wege zum Wohlstand zu ebnen. Die Lösung dieser Aufgabe liegt jedoch nicht auf dem Gebiete der Steuerreform, sondern auf anderen Gebieten. Je nach den konkreten Bedürfnissen wird der Staat mit Verbesserung der Verbindungen, mit Eröffnung von Absatzgebieten, Anlegung von Eisenbahnen, Eröffnung von Kreditanstalten, Gewährung von Saatkorn bei Mißernten, Hochwasserentschädigungen zc. vorgehen. Weitere Mittel gewährt die Landgemeindeordnung durch die Vereinigung leistungsunfähiger Gemeinden und Gutsbezirke mit leistungsfähigen, ferner die Möglichkeit, daß der Staat, wie dies bei den Staatsleistungen für Volksschulen angebahnt ist, bestimmte kommunale Leistungen auf die Staatskasse übernimmt. Die Steuerreform kann nichts weiter anstreben, als die Steuerkräfte zwischen Staat und Gemeinde richtig vertheilen, der Gemeinde diejenigen Steuerquellen eröffnen, welche mit dem kommunalen Leben, den kommunalen Einnahmen und Ausgaben im nächsten Zusammenhange stehen und ihr die Möglichkeit zu einer richtigen haushaltlerischen Benutzung derselben zu gewähren. Daß Grund- und Gebäudesteuer in ihrer starren Unbeweglichkeit für viele Gemeinden keinen richtigen Maßstab mehr abgeben, ist bekannt, in vielen Gemeinden möchte sich deshalb die Einführung besonderer Realsteuern empfehlen, statt der Forterhebung der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer. Zu erwägen bliebe ferner, ob nicht den Gemeinden durch eine zweckmäßige Erweiterung des Gebührenwesens, event. auch der Zulassung von indirekten Steuern, soweit dieselben ihrer Natur nach die leistungsfähige Bevölkerung treffen, und nicht etwa als Verkehrshindernisse wirken, neue geeignete Steuerquellen eröffnet werden können, die sich an das kommunale Leben eng anschließen. Den Satz aber, daß die Gemeinden für ihre kommunalen Bedürfnisse zunächst selbst zu sorgen haben und mit allem Ueberweisungs- und Dotationswesen möglichst aufgeräumt werden sollte, darf man für den unverrückbaren Ausgangspunkt einer rationellen Steuerreform halten.

Die Münchener „Neuesten Nachrichten" machen sich zum Sprachrohr spanischer Beschwerden, welche sich dagegen wenden, daß die Entsendung eines deutschen Schiffes zur spanischen Columbus-Feier in Palos unterblieb, während zu der italienischen in Genua die „Prinzeß Wilhelm" erscheinen wird.

Sofern sich das Münchener Blatt über die Ursachen dieser von ihm beklagten Unterlassung informirt hätte, würde es erfahren haben, daß es lediglich marinetechnische Gründe waren, wegen deren nur ein deutsches Kriegsschiff für diese Repräsentationszwecke bereitgestellt werden konnte. Während der Manöver- und Uebungszeit der Marine mußte bei dem bekanntlich eingeschränkten Mannschaftsbestande derselben davon abgesehen werden, in den Ausbildungsdienst noch mehr einzugreifen, als es bereits durch die Entsendung der „Prinzeß Wilhelm" geschieht. War aber nur ein Schiff für diese Zwecke disponibel, so lag es in der Natur der Dinge, wenn dem uns durch den Dreibund so nahe verbundenen Königreich Italien unbeschadet der freundschaftlichen Beziehungen zu Spanien in diesem Falle der Vorzug gegeben wurde.

Die herzoglich anhaltische Regierung hat sich, wie die „Magdeb. Ztg." aus Dessau erfährt, für Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin ausgesprochen.

Aus **Wien,** 11. August, wird uns geschrieben:

Das morgige Datum bezeichnet den dreißigsten Jahrestag in der Amtsführung des Grafen Taaffe und wenn der leitende Staatsmann es stets auch sorgsam vermieden hat, seine Person in den Vordergrund zu stellen und wenn ihm der sachliche Erfolg auch stets mehr galt, als jede persönliche Genugthuung, so kann die Wiederkehr des 12. August doch nicht ohne die geziemenden Betrachtungen bleiben. Die Thatsachen selber sind beredte und unwiderlegliche Zeugen dafür, daß zur Stetigkeit eines langen Regiments sich mit jedem Jahre neue und größere Erfolge für den Staat gesellen, so daß alle düstere Prophezeiungen in Nichts zerfallen und selbst sanguinische Erwartungen sich übertroffen sehen. Die Handelsverträge mit Deutschland und anderen Staaten, die Verkehrsanlagen für Wien und das große Werk der Donauregulirung, das sind die Schöpfungen des Jahres, und damit ist diesem Jahre in der Geschichte der Reichshauptstadt und in der Geschichte des Reiches ein dauernder Platz gesichert. Dem künftigen Biographen des Grafen Taaffe wird es überlassen bleiben, die Bedeutung dieses Staatsmannes in Bezug auf die gesammte Zeitgenossenschaft und in Bezug auf die Entwickelung Oesterreichs festzustellen; aber das kann schon heute ausgesprochen werden, daß die Figur des Grafen Taaffe sich über das Niveau des Gewöhnlichen und Alltäglichen hoch empor hebt. Muth und Verstandklarheit lassen sich Demjenigen nicht absprechen, der ein System nach eigenster Ueberzeugung sich aufbaut und der die Fesseln ihm hinderlicher Traditionen abzustreifen verstebt, wogen sie auch mit diktatorischer Autorität ausgerüstet erscheinen. In Wahrheit muß jeder echte Staatsmann über den Parteien stehen, und muß er die ihm zur Verfügung stehende Partei so zu führen wissen, daß ihr das Staatsinteresse als das höchste gilt. Dennoch wurde man nicht müde, Witz und Kritik an den Ausspruch des Grafen Taaffe zu üben, für ihre Regierung über den Parteien stehe. Und dennoch ist es nur diesem Grundsatze zu danken, daß die alte Majorität des Abgeordnetenhauses sich zerspalten, die Parteiverhältnisse im Hause eine totale Umwandlung erfahren konnten, ohne daß die Kontinuität der Regierung dadurch erschüttert worden wäre. Die tschechische Opposition, wie sie bei den Neuwahlen für den Reichsrath mit elementarer Gewalt hervorbrach, war ja hauptsächlich gegen die Staatsverfassung gerichtet, und ihr wurde sich gegen die Regierung nur aus dem Grunde, weil die Regierung auf dem gegebenen Rechtsboden steht und das bestehende Recht vertritt. Die natürliche Konsequenz dieser Wendung war es, daß die gemäßigten Parteien sich an die Politik erinnert fühlten, das Interesse des Staates gegen die Bestrebungen extremer Parteien zu schützen. Eine Regierung aber, die über den Parteien steht, kann und muß jede Partei willkommen heißen, die dem Staatsinteresse ihre Unterstützung gewähren will. Es wurde der politische Waffenstillstand proponirt und so wurde jene Steuerung des Staatsschiffes ermöglicht, welche in den überraschenden Erfolgen der letzten parlamentarischen Session ihren Ausdruck findet. Zum ersten Male sah man in Oesterreich, daß ein Ministerium ein längeres Leben habe als eine Partei, und das ist das wertvollste politische Resultat der Session, wenn man auch sonst bemüht war, die materiellen Fragen von der Politik loszutrennen.

Die Stetigkeit des Regiments ist aber ein sicherer Gewinn für den Staat, ist die beste Abwehr gegen Erschütterungen, welche von den nationalen Gegensätzen ausgehen können. Erinnern wir noch an Das, was in den dreißehn Jahren des Grafen Taaffe für die Hebung der Wehrkraft, für die Ordnung des Staatshaushaltes, für die Hebung des Staatskredits geschehen ist, so dürfen wir wohl von einem Vorwärtsschreiten des Staates zu den würdigsten Zielen sprechen. Alles Andere, so reichgegliedert auch das Gebiet erscheint, auf welchem die Regierung eine fruchtbringende Thätigkeit entwickelte, die sozialen Reformen, die Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes, der Bau neuer Schienenwege den theilweise internationaler Bedeutung u. s. w. u. s. w. empfing erst seinen wahren Werth dadurch, daß alle einzelnen Reformen mit der Entwickelung der Gesammtheit, mit der Festigung und Vertiefung der Staatsidee, mit der Hebung des staatlichen Ansehens und der staatlichen Macht parallel gingen. So war es gewiß ein glücklicher Gedanke, als Graf Taaffe vor 13 Jahren zur Uebernahme der Minister-Präsidentschaft berufen wurde. Graf Taaffe hatte die Ausdauer, allem Verkennen Trotz zu bieten; er erwartete seine Rechtfertigung von den Thatsachen, und so steht er heute aufrecht, während so Vieles in Europa sich verändert hat. Dort, wo man österreichisch fühlt und denkt, wird man dem Grafen Taaffe die sympathischste Anerkennung nicht verweigern wollen.

Zum Jahresbericht der Handelskammer zu **Bochum** pro 1891 heißt es in Bezug auf die allgemeine Lage u. A.: „Die rückläufige Bewegung auf vielen Gebieten der gewerblichen Thätigkeit und des Handels, welche schon das Jahr 1890 kennzeichnete, hat sich im Berichtsjahr in bedenklichem Maße weiterentwickelt. Die Ursachen dieses Niedergangs sind vorwiegend wirthschaftlicher Natur, es hat aber auch an politischen und sozialen Beunruhigungsstoff nicht gefehlt. Unter den ökonomischen Kalamitäten ist vor Allem die schwere Schädigung der landwirtschaftlichen Kreise durch die außerordentliche Strenge des Winters 1890/91 und die abnormale Witterung des darauf folgenden Frühlings hervorzuheben. In fast allen europäischen Ländern gestaltete sich die Ernte wenig befriedigend, und namentlich in Rußland, der wichtigsten Kornkammer für das Deutsche Reich, trat in weiten Gebieten eine so vollständige Mißernte und im Gefolge derselben ein so schwerer Nothstand ein, daß schließlich die Getreideausfuhr aus Rußland durch strenge Ausfuhrverbote unmöglich gemacht wurde. Unter diesen Umständen, welche von der Börsenspekulation und einem Theil der Freiheitspresse mit Eifer ausgebeutet wurden, stiegen die Getreidepreise und in noch höherem Maße die Brotpreise zu einer seit langer Zeit nicht mehr gekannten Höhe, und weite Volkskreise sahen sich in ihrer Lebenshaltung eingeengt. Diesen Einwirkungen unabwendbarer Naturereignisse gesellten sich finanzielle Schwierigkeiten und politische Wirren in verschiedenen Ländern hinzu, deren Folgen sich auch in unserem Staat geltend machten. Die traurigen Finanzverhältnisse in Portugal und Spanien, die politische und ökonomische Zerrüttung in Argentinien und Brasilien, die Unruhen in China und ein über sechs Monate währender Bürgerkrieg in Chile wirkten auf die Ausfuhr nach diesen Ländern lähmend, während der Handel nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika für verschiedene Industriezweige durch die Mac Kinley-Bill eingeschränkt wurde. Die Lage der wichtigsten Industriezweige verschlimmerte sich im Laufe des Jahres zusehends. Die Preise der Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie drückelten stetig ab, und auch der Steinkohlenbergbau mußte sich gegen Ende des Jahres nicht nur mit nicht unerheblich niedrigeren Preisen begnügen, sondern auch die Förderung einschränken. Ebenso standen wichtige Zweige der Textilindustrie unter einem empfindlichen Druck, und auch die Glas-, Leder- und Papierindustrie hatte vielfach Grund, über schleppenden Absatz und ungenügende Preise zu klagen. Ganz besonders ungünstig war das Berichtsjahr für das Börsengeschäft. Die Spekulationsausschreitungen des Privatpublikums im Jahre 1889 und die mit derselben verbundenen ungeheuren Verluste im Jahre 1890 wirkten auch im Berichtsjahr noch immer nach, so daß die Geschäfte an den Börsen sich meistens nur auf die ständigen Besucher derselben beschränkten, und dadurch zeitweise ein vollständiger Marasmus eintrat."

Rundschau im Ausland.

Das **englische** Unterhaus hat am Mitternacht das gegen das Kabinet Salisbury beantragte Mißtrauensvotum mit 350 gegen 310 Stimmen angenommen und sich bis zum nächsten Donnerstag vertagt. Wie gestern von uns angenommen, fehlten bei der Abstimmung 8 Mitglieder, da sich diese aber auf die beiden Parteien gleich vertheilten, so erfolgte das Votum mit der effektivem Gladstone'schen Mehrheit von 40 Stimmen. Vermuthlich wird sich Lord Salisbury schon im Laufe des heutigen Tages nach Osborne zur Königin begeben und etwa morgen Herr Gladstone dahin entboten werden. Während der ersten Hälfte der kommenden Woche wird der liberale Führer dann Zeit finden, sein Kabinet zu bilden. Das größte Interesse und, wie es scheint, auch die größte Schwierigkeit bildet die Besetzung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Im letzten Gladstone'schen Ministerium bekleidete Lord Rosebery dieses Amt. Der Lord war bisher auf dem Kontinent abwesend, was zu verschiedenen Gerüchten über Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den übrigen Spitzen der Partei Anlaß gab. Seit vorgestern befindet er sich wieder in London. Thatsache ist jedenfalls, daß bezüglich der Politik, welche England in Egypten verfolgen soll, im liberalen Lager die Meinungen ziemlich weit auseinandergehen. Gladstone selber, John Morley und Labouchère haben sich sämmtlich mehr oder weniger stark für baldige Räumung Egyptens erklärt. Lord Rosebery andererseits hat sich verpflichtet, Lord Salisbury's Politik ziemlich genau weiterzuführen.

Feuilleton der Norddeutschen Allg. Zeitung.

Berlin, den 12. August 1892.

Sport im Grunewald.

Immer mehr breitet sich das Netz der Kommunikationswege, welche Berlin mit dem Grunewald verbinden, über denselben aus und treibt seine Ausläufer in vielen Verzweigungen in die einzelnen Reviere desselben hinein, ihn nach allen Richtungen durchschneidend, zwischen den Hauptverkehrswegen Verbindungen herstellend, durch welche die Möglichkeit geboten wird, zu Fuß, zu Pferde und zu Wagen die beliebtesten Aussichtspunkte zu erreichen, oder die ruhigeren und malerischen Theile des saftreichen märkischen Waldes mit seinen blauen Seen, seinen üppigen Wiesengründen, seinen flach gewellten Hügelgeländen, und seinen von dem Havelstrom und dessen Seitenarmen bespülten Uferlandschaften kennen zu lernen.

Die reich entwickelte Wegsamkeit dieses Stückes Lunge von Berlin, das den Bewohnern der Großstadt immer mehr in seine grünen Laubwege und seine Dickungen hineinlockt und zur Ansiedlung in Villen, Lusthäusern, Parkanlagen anregt, macht den Grunewald auch zu einem mit Vorliebe gewählten Felde des Sports, der hier nach verschiedenen Richtungen hin Pflege und Bethätigung findet. Mittelst des Reitpferdes, des leichten Gefährts und des Fahrrads ist es jetzt leicht, den fast 18 000 Morgen bedeckenden Forstkomplex des Grunewalds zu durchstreifen und die von ihm eingeschlossenen neun Seen mit ihren verbindenden Thälern, Schluchten und Uferhügeln, die so liebliche Durchblicke auf die von der Havel durchflossenen Waldpartieen bieten, zu besuchen und sich an ihnen zu erfreuen. Auf diese Weise sind jetzt Punkte wie Schildhorn, Dachsberg, Krumme Lanke, Saubucht, Liepe, Paulsborn, Onkel Toms-Hütte u. s. w. viel mehr in den Bereich der Touristen gerückt, und auf den einsamen Waldwegen, die man einschlagen muß, um an diese Stellen zu gelangen, athmet man den würzigen Harzgeruch und den Duft der Linden, Kastanien und Platanen, welche wie Bosquets von Waldblumen in die Nadelholzbestände eingeflochten sind, in vollen Zügen.

Die den verschiedenen Sportszweigen im Grunewald dienenden Einrichtungen sind im Allgemeinen wenig bekannt, es wird daher vielleicht für weitere Kreise von Interesse sein, darüber etwas Bestimmteres zu erfahren. — Wem ein Ritt auf den schattigen und weichen Reitpfaden des Waldes in der Morgenfrische einen Genuß gewährt und wer den weiten und monotonen Weg des Kurfürstendammes vermeiden will, der findet gute Gelegenheit, sich in dem Reitinstitut Fischer, nur einige Minuten von der Station Halensee entfernt, bereiten zu machen. Das genannte Etablissement hat einen Stall von 20—25 rittigen Pferden, von denen 10 für Damen geeignet sind. Sechs Pferde tragen jedes Gewicht bis zu 250 Pfund. Vier Pferde zeichnen sich durch Feuer und besonders lebhaftes Temperament aus. Wer es vorzieht, in Steglitz zu Pferde zu steigen und von dieser Seite aus den Grunewald zu betreten, findet dort eine Filiale von vier Pferden des Instituts. Ebenso verfügt dasselbe über mehrere leichte Jagdwagen zum Selbstkutschieren. Reiter zahlen im Abonnement für zwölf Touren zu 1½ bis 1½ Stunden 30 ℳ, Damen, welche dabei von einem Stallmeister begleitet werden, 50 ℳ. Der einzelne Ritt kostet für Herren 3 ℳ, für Damen 5 ℳ. Ein Einspänner zum Selbstfahren kostet für die erste Stunde 5 ℳ, für die zweite Stunde 3 ℳ, und jede folgende 2 ℳ. Durch den vorhandenen Telephonanschluß ist es leicht, sich vorher ein Pferd oder ein Gefährt zu bestellen. — Bei plötzlichem Wetterwechsel ist auch eine geräumige Reitbahn zu benutzen, die dicht neben dem Etablissement liegt, das auch in Bezug auf Sättel und Reitzeug gut ausgerüstet ist.

Für Radfahrer bieten sowohl die breiten, die Villenkolonie durchziehenden Straßen, wie die chaussirten Waldwege einen weiten Spielraum der Bewegung, mit langen, für Dauerfahrten geeigneten Streckenzügen und fahrbaren Waldwegen. Wer den Schießsport liebt, findet Gelegenheit, denselben in der Deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen zu bethätigen. Ihre Entstehung verdankt die Versuchsanstalt in erster Linie dem in der deutschen Jägerwelt immer allgemeiner und dringender hervorgetretenen Bedürfniß nach einer durchgreifenden Verbesserung der bei uns in Bezug auf Jagdgewehre und Munitionsartikel herrschend gewordenen Handelsverhältnisse.

Daß diese letzteren sich bei uns ungünstiger entwickelt haben, als in anderen Ländern, dürfte ebensowohl auf die unvollkommene Einsicht des großen Publikums in die Bedingungen einer guten Schußwaffe, wie auch auf den Umstand zurückzuführen sein, daß selbst anscheinend berufenen Personen oft die Kenntnisse zu einer vollkommen ausreichenden Erklärung der überaus verwickelten Erscheinungen des Schußes abgehen. Der Zweck der neuen Anstalt ist die Jagd- und Schießliebhabern zu gebende Gelegenheit, sich im Schießen nach feststehenden und beweglichen Zielen zu üben. Besondere Einrichtungen auf dem Schießplatz dienen dazu, die Technik des Jagdschießens selbst weiter auszubilden und dem Schützen nicht nur die Mittel zur Vervollkommnung seiner Schießfertigkeit und Geschicklichkeit zu bieten, sondern vor Allem auch, ihm die Ursachen seiner Fehlschüsse vor Augen zu führen, so daß er über den zur Erzielung besserer Jagderfolge einzuschlagenden Weg Klarheit gewinnt.

Kurze Auskünfte über einzelne Gewehr- oder Patronenkonstruktionen, welche ohne besonders vorzunehmende Versuche oder auf Grund bereits stattgefundener Versuche gegeben werden können, werden an Mitglieder*) der Versuchsanstalt, insofern nicht außerordentliche (Porto zc.) Kosten erwachsen sind, kostenlos, an Nichtmitglieder gegen Einsendung von 1 ℳ franco ertheilt; längere Auskünfte werden, ebenso wie größere in Auftrag gegebene Versuchsreihen, Gutachten u. s. w. ebenfalls ausgeführt, aber besonders berechnet.

Die Lage des Schießplatzes ist eine sehr günstige. Mittelst der Stadt- und Ringbahn ist die Station Halensee halbstündlich von jeder Stadtbahnstation zu erreichen; für den Westen Berlins vermittelt außerdem die Dampf-Straßenbahn einen häufigen Verkehr. Von dem Schnittpunkt der Ringbahn und der Dampf-Straßenbahn bis zum Schießplatz hat man 700 Meter zurückzulegen.

Das zur Verfügung stehende forstfiskalische Grundstück ist 3¼ Hektar groß und bietet Raum zur allmäligen Vergrößerung der Anlagen, welche jetzt, in der südwestlichen Ecke des Platzes, dicht am Walde gelegen, nur ½ Hektar beanspruchen.

Das Schießhaus enthält im Erdgeschoß das große Versammlungszimmer für die Besucher und daran anstoßend Vorstandszimmer, Schieß- und Lagerraum; darüber die Wohnung des Revierjägers. Das Versammlungszimmer wird zu einer Musterausstellung der deutschen Jagdgewehr- und Munitionsindustrie benutzt, welche dem Besucher ein Bild der Fabrikation der deutschen Jagdgewehr- und Munitionsartikel in ihren verschiedenen Entwickelungsstufen darbieten soll und zugleich eine Orientirung über die neuesten Verbesserungen auf diesem Gebiete zu geben bestimmt ist. Die größeren Fachzeitschriften des In- und Auslandes, sowie belehrende Bücher über Jagdschießtechnik liegen zur Benutzung durch die Besucher aus. Eine Liste derjenigen Büchsenmacher, Fabrikanten und Händler, welche ihre Gewehre nach den Normen der Versuchsanstalt einzuschießen und zu verkaufen sich bereit erklärt haben, liegt zur Einsicht der Besucher bereit. Der Schießstand der Versuchsanstalt ist derart eingerichtet, daß aus bedecktem Raum bei jeder Witterung und für den Schrotschuß auf jede beliebige Entfernung geschossen werden kann. Zu letzterem Zweck sind die Zieleinrichtungen in einem bedeckten, zugleich zur unmittelbaren Beurtheilung der Ergebnisse eingerichteten Wagen angebracht, welcher auf einem Schienengeleise dem Bedürfniß entsprechend von 20 bis zu 80 Metern Entfernung zu verschieben ist. Büchsen werden in der Regel nur auf die Normalentfernung (80 Mtr.) eingeschossen. Der Zielwagen enthält in seiner vorderen Kopfwand die eiserne, mit der 100-Feldereintheilung versehenen Scheibe nebst Kraftmesser der Pappregister, sowie rechts daneben eine Einrichtung zum Aufspannen von Papierbogen. Im Innern ist der Wagen zur unmittelbaren Beurtheilung des Schußbildes (u. a. Glasschablonen zum Auflegen) und zur Aufzeichnung der Resultate zc. eingerichtet.

Die zum öffentlichen Gebrauch bestimmten Anlagen stehen den Besuchern gegen Abnutzungsvergütigung zur Verfügung und bestehen für den Anfang lediglich aus mehreren, zum Einschießen von Flinten bestimmten Ständen, dem Stand zur Ermittelung der besten Schaftlage und aus einem Uebungsplatz, welcher laufende Scheiben zur Darstellung der beim Jagdschießen seitens des Schützen gemachten Fehler, sowie Thonbenwurfmaschinen zum Einüben des Schießens gegen künstliches Flugwild aufweist. Auf diesen Ständen kann bis zu einer Entfernung von 55 bis 60 Meter geschossen werden; in der Regel stehen die Schützen indeß auf der Normalentfernung (35 Meter von den Zielen).

Die zum Einschießen von Flinten bestimmten Scheibeneinrichtungen sind die gleichen, wie die seitens der Versuchsanstalt selbst benutzten eisernen Scheiben mit der 100-Feldereintheilung nebst Kraftmessern oder Pappregistern und einer Vorrichtung zum Aufspannen von Papierbogen.

Die Ziele (drei Rebhuhnbilder und ein Kaninchenbild) sind derart angeordnet, daß sie nur für Augenblicke sichtbar sind, sofort nach dem Erscheinen wieder verschwinden und somit dem Schützen nicht Zeit lassen, sich einer bestimmten (starren) Schaftform im Zielen anzupassen. Die laufenden Scheiben stellen Hasen und Rebhühner im Lauf bezüglich Flug, sowohl senkrecht zur Schußrichtung wie auch in der letzteren dar, sind jedoch von einer solchen Größe, daß sie die meisten Fehlschüsse noch ganz aufzufangen und so dem Schützen zu zeigen vermögen, ob er gegen solche Ziele meist zu hoch, zu tief, bezüglich zu weit vor oder hinter zu schießen pflegt. Die Thontauben-Wurfmaschinen sind von der bekannten Konstruktion Ligowsky.

Wenn auch durch die vorbeschriebenen Einrichtungen dem ersten Bedürfniß für eine sachgemäße Ausbildungsmethode zum Jagdschießen Genüge geleistet sein dürfte, so wird dennoch mit der weitergehenden Entwickelung der Versuchs-

*) Um Mitglied zu werden, ist eine Meldung bei dem Vorstand erforderlich.